



ANWALT FÜR GLEICHBEHANDLUNGSFRAGEN
FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG
DR. ERWIN BUCHINGER



ÖAR → Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs

Forderungen an die neue Regierung

Oktober 2013



Impressum:

Medieninhaber (Eigentümer, Herausgeber, Verleger)
ÖSTERREICHISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR REHABILITATION (ÖAR)
Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs
ZVR-Zahl: 413797266

Verantwortlich: Dr. Klaus Voget, Präsident; Mag.^a Eringard Kaufmann, Generalsekretärin
1010 Wien, Stubenring 2/1/4,
Telefon: +43 (1) 513 15 33-0, Fax: +43 (1) 513 15 33-150
E-Mail: dachverband@oear.or.at , Internet: www.oear.or.at

Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt:1010 Wien, Druck: Eigenvervielfältigung

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

*Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR) ist als Dachorganisation der
Behindertenverbände Österreichs
überparteilich und religiös neutral.*

*Ihre Aufgaben sind die Wahrung, Vertretung und Förderung der Interessen der behinderten Menschen und deren
Familien in Österreich, sowie deren Verbände und Organisationen*



Präambel

Die ÖAR als Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs, mit über 70 Mitgliedsorganisationen, in denen mehr als 400.000 Menschen mit Behinderungen organisiert sind, hat den folgenden Forderungskatalog an die neu zu bildende Regierung erarbeitet.

Die Forderungen nehmen Bezug auf die eben vom UN-Behindertenrechtskomitee an die Republik Österreich übermittelten Empfehlungen, so dass deren Umsetzung bereits in das Regierungsprogramm aufgenommen werden kann.

Die ÖAR ist davon überzeugt, dass die geforderten Maßnahmen in einer alternden Gesellschaft nicht nur Menschen mit Behinderungen zu Gute kommen, sondern für die Gesamtgesellschaft unabdingbar notwendig sind, um die mannigfaltigen Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Die ÖAR und ihre Mitgliedsorganisationen stehen mit ihrer umfangreichen Expertise als kritische Partner und als Vertretung der Interessen und Rechte der Menschen mit Behinderungen gerne bei allen Diskussionen zur Regierungsbildung zur Mitarbeit und für Rückfragen zur Verfügung.

Die UN-Behindertenrechtskommission würdigt in ihren Empfehlungen an Österreich zu Recht die schon erbrachten Leistungen Österreichs. Die ÖAR als größte Vertretung der Zivilgesellschaft im Behindertenbereich ist zu Recht stolz darauf, Motor und Auslöser vieler dieser Erfolge gewesen zu sein.

Damit die Regierung weiterhin unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen erfolgreich deren Umsetzung auf Basis des „Nationalen Aktionsplan Behinderung 2020“ verfolgen und realisieren kann, ist die **ÖAR als Dachorganisation der Behindertenverbände mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten**, damit die Kooperationsanforderungen der Ministerien erfüllt und die Partizipation der Menschen mit Behinderungen in Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen gesichert werden können.

Die Forderungen der ÖAR werden allen SpitzenkandidatInnen der im neu gewählten Nationalrat vertretenen Parteien übermittelt. Sie gliedern sich in allgemeine Forderungen zur Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen, zu Barrierefreiheit und Gleichstellung sowie in Forderungen zu bestimmten Lebensbereichen (Einkommen und Existenzsicherung; Arbeit und Beschäftigung; Rehabilitation, Gesundheit und Pflege; Bildung und Lebensraum).

Dr. Klaus Voget
Präsident der ÖAR

Wien, am 14. Oktober 2013



Allgemeine Forderungen

A. Selbstbestimmung

1. Bei der **Einschätzung von Behinderung** ist das **soziale Modell der Behinderung** umzusetzen. Dieses versteht Behinderung als ein soziales Phänomen, das manche Menschen durch äußere Umstände daran hindert, in der Mitte unserer Gesellschaft zu leben. Diese hinderlichen Faktoren sind etwa bauliche, kommunikative oder finanzielle Barrieren, aber auch Vorurteile. Die derzeit gültige mit 1.9.2010 in Kraft getretene Novelle der Einschätzungsverordnung ist noch dem medizinischen Modell der Behinderung verhaftet, welches Behinderung als Defizit von Einzelpersonen versteht. Sie ist daher im Sinne des sozialen Modells dringend zu evaluieren und neu zu fassen.
2. (vergleiche Punkt 9 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
3. **Unterstützte Entscheidungsfindung** ist österreichweit umzusetzen, um so das Modell der Stellvertretung möglichst weitgehend zu ersetzen. Dazu sind ausreichende budgetäre Vorkehrungen für die Finanzierung zu treffen, die auch begleitende Forschung ermöglichen müssen. (vergleiche Punkt 28 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
4. Es sind Projekte zu finanzieren, um **Selbstvertretung** von Menschen mit allen Behinderungsformen zu realisieren und so deren gesellschaftliche Teilhabe durch Partizipation in politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen abzusichern (vergleiche Punkt 11 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
5. Es sind Maßnahmen zu treffen, um die **Selbstbestimmung für nonverbale Menschen mit Behinderungen** nach den aktuellen fachlichen Standards zu gewährleisten.
6. Durch österreichweite **Harmonisierung der Regelungen**, ist Transparenz der Kostenbeiträge bei Inanspruchnahme von Sachleistungen herzustellen (vergleiche Punkt 11 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013). Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die österreichweite einheitliche Sicherstellung von **persönlicher Assistenz** durch ausreichende finanzielle Unterstützung zu legen (vergleiche Punkt 39 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).

B. Barrierefreiheit

(vergleiche Punkt 24 und 49 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).

1. Zusätzliche gesetzliche **Instrumentarien zur Beseitigung und Unterlassung von Barrieren sind im BGStG** zu schaffen.
2. **Umfassende Barrierefreiheit** ist im baulichen Bereich, in der Informationstechnologie, in Verkehr und Mobilität und Kommunikation¹ zur uneingeschränkten Teilhabe zu verwirklichen (vergleiche insbesondere Punkt 24 letzter Satz der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
 Die Evaluierung der Neuregelung des **§ 29b StVO** ab 1.1.2014 hat zu erfolgen. Durch begleitende Umsetzungsmaßnahmen und allfällige Anpassung der gesetzlichen Regelung ist für alle Menschen mit Behinderungen, eine zufriedenstellende Parksituation herzustellen.
 Im Bereich der Kommunikation ist der Einsatz von Leichter Sprache, von Braille-Schrift und Gebärdensprache besonders zu berücksichtigen.
3. **Projekte** zum Thema Barrierefreiheit sind kostendeckend zu fördern. Ebenso sind Maßnahmen zu setzen, die es erleichtern, Forschungsprojekte zu initiieren.

¹ Im Bereich der Kommunikation ist der Einsatz von Leichter Sprache, von Braille-Schrift, Höranlagen, Gebärdensprache und Schriftdolmetsch und unterstützter Kommunikation nach dem jeweiligen letzten Stand der Technik besonders zu berücksichtigen.



4. Alle Arten von **Barrieren in Bundesbauten und in Gebäuden der Länder und Gemeinden** sind zu beseitigen, unabhängig davon, ob dazu Etappenpläne erstellt sind. **Teiletappenpläne** sind zügig umzusetzen und eine **Berichtspflicht** über die Umsetzungsmaßnahmen an die ÖAR ist vorzusehen.
5. Die Gewährung von öffentlichen **Förderungen** und die **Vergabe von Aufträgen** der öffentlichen Hand sind in allen Bereichen **an** die Einhaltung der entsprechenden Normen über **Barrierefreiheit zu koppeln**.

C. Gleichstellung

1. Initiativen zur **Bewusstseinsbildung** über die Menschen mit Behinderungen sowie Gleichstellungsrechte sind entscheidend zu verstärken, indem insbesondere umfassende Informationskampagnen über die Inhalte der UN-Konvention und die Rechte von Menschen mit Behinderung durchgeführt werden. Es müssen verstärkte Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Anliegen von Menschen mit Behinderungen realisiert werden (vergleiche Punkt 22 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
2. Besonderes Augenmerk wird in allen Bereichen der Verbesserung der Lebenssituation von **Frauen mit Behinderungen** zu schenken sein, welche in einem Land mit einem besonders großen Gender Gap in besonderem Ausmaß von doppelter Diskriminierung betroffen sind (vergleiche Punkt 18 und 51 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
3. Der **Monitoringausschuss** ist in voller Entsprechung des Art 33 UN-Konvention unter Beachtung der Pariser Prinzipien einzurichten und diesem ist ein transparentes Budget zur autonomen Verwaltung zuzuteilen (vergleiche Punkt 53 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
4. Das **BGStG** ist dahingehend **weiterzuentwickeln**, dass das Prozesskostenrisiko für die gerichtliche Durchsetzung von Ansprüchen auf Grund einer Diskriminierung wegen einer Behinderung beseitigen wird und ein Rechtsanspruch auf Unterlassung und Beseitigung von Diskriminierung vorgesehen wird. Möglichkeiten zur Einbringung von **Verbandsklagen** sind zu verbessern und die Finanzierung der Einbringung durch legitimierte Organisationen ist abzusichern (vergleiche Punkt 13 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
5. Umfassende **Partizipation** von Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen ist in der Politik in allen Bereich, die diese betreffen, durch Anpassung der bisherigen Usancen an die strengeren Vorgaben der UN-Konvention sicherzustellen. Dazu sind auch ein „Behindertenrat“, etwa analog dem Seniorenrat und/oder eine andere von Menschen mit Behinderungen selbst gestaltete politische Plattform, zu schaffen (vergleiche Punkt 9 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
6. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hat **österreichweit nach einheitlichen Grundsätzen** zu erfolgen. Gleichstellungsbestimmungen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen sind in Bundesländern gleichlautend gesetzlich zu verankern (vergleiche Punkt 11 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
7. Die **eugenische Indikation für den Schwangerschaftsabbruch** (§ 97 Abs. 1 Zi. 2 StGB) ist ersatzlos aufzuheben (vergleiche Punkt 15 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
8. Gleichstellung mit dem Ziel der Inklusion ist auch in allen Bereichen der österreichischen **Entwicklungszusammenarbeit** zwingend zu verankern (vergleiche Punkt 26 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
9. Zum **Schutz** vor Ausbeutung von und Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen sind in allen Lebenszusammenhängen vermehrt Maßnahmen vorzusehen (vergleiche Punkt 35 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).



Forderungen zu bestimmten Bereichen

I. Einkommen und Existenzsicherung

1. Ein voraussetzungsloses **Grundeinkommen** für Menschen mit bestimmten Behinderungsgraden ist zu garantieren.
2. Eine **Neuordnung und Vereinfachung von Transferleistungen** hat zu erfolgen. Dazu ist ein ausgewogenes und nicht nur für Steuerpflichtige geltendes System zu entwickeln, das auch Direktzahlungen an Betroffene vorsieht. Die Pauschalbeträge für **außergewöhnliche Belastungen im EStG** für behinderungsbedingte Ausgaben sind anzuheben und weiter laufend anzupassen (vergleiche Punkt 39 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
3. Dem **Grundsatz „Arbeit vor Rente“** ist durch konkrete begleitende Maßnahmen aller beteiligten Behörden und Interessenvertretungen zum Durchbruch zu verhelfen. Zur Umsetzung der ASVG Novelle ab 1.1.2014 zur Invaliditätspension müssen durch begleitende Beratung und rechtliche Vertretung die Interessen der Menschen mit Behinderungen abgesichert werden.
4. **Pensionierung wegen geminderter Arbeitsfähigkeit ist existentiell absichernd zu gestalten**, indem insbesondere Abschläge entfallen.
5. Durch reguläre Beschäftigungsverhältnisse in Tagesstrukturen und Werkstätten ist österreichweit sicherzustellen, dass Menschen, die dort arbeiten, die Möglichkeit erhalten, ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen und über eigene Sozialversicherungsbeiträge Pensionsansprüche zu erwerben.
6. Eine Anhebung von **Freibetragsgrenzen** für Menschen mit Behinderungen, die **bedarfsorientierte Mindestsicherung** beziehen, muss österreichweit einheitlich realisiert werden.
7. Transferleistungen des Bundes, die aufgrund einer Behinderung gewährt werden, dürfen von den Ländern bei der Gewährung von Sozialleistungen, wie beispielsweise der bedarfsorientierten Mindestsicherung, nicht als Einkommen herangezogen werden.

II. Arbeit und Beschäftigung

(vergleiche Punkt 47 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).

1. Das **Diskriminierungsverbot** in Beruf und Arbeit als Kernpunkt des österreichischen Behindertengleichstellungsrechts ist beizubehalten.
2. Die Rechtsstellung der **Behindertenvertrauenspersonen** und von deren StellvertreterInnen ist zu stärken. Die von Arbeiterkammer, Bundessozialamt, Österreichischem Gewerkschaftsbund und Kriegsopfer und Behinderten Verband angebotenen umfassenden Schulungen sind fortzusetzen.
3. **Verbesserte Beratung und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen muss insbesondere durch folgende Maßnahmen umgesetzt werden**
 - a. höhere finanzielle Dotierung von Arbeitsassistenzen und technischen Assistenzen zur Reintegration von arbeitslosen Menschen mit Behinderungen und Maßnahmen der Arbeitsplatzhaltung durch adäquate Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen
 - b. Sicherung der Integration von Jugendlichen durch die Weiterführung der Beschäftigungsinitiative der österreichischen Bundesregierung mit den Schwerpunkten Jugendliche an der Schnittstelle Schule-Beruf, Berufsfindung, Ein- und Umschulung, sowie Arbeitsplatzhaltung
4. Als **Maßnahmen zur Erfüllung der Beschäftigungspflicht** durch Unternehmen sind die Ausgleichstaxen deutlich zu erhöhen, Förderungsmaßnahmen für die Beschäftigung auszubauen und den Zugang dazu zu vereinfachen (One-Stop-Shops). Die Erfüllung der Beschäftigungspflicht von begünstigten Behinderten hat im öffentlichen Dienst durch Anreizsysteme für Dienststellen und durch Schaffung von Integrationsplanstellen zu erfolgen.
5. **Die Förderung der Arbeit für Menschen mit Behinderungen ist zu verbessern** durch weitere Entlastungen der Arbeitgeber bei Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Bereich Lohnnebenkosten und/oder Arbeitgeber-Beiträge, Begleitmaßnahmen um ArbeitgeberInnen zu



motivieren (ältere) Menschen mit Behinderung auch tatsächlich (weiter) zu beschäftigen und indem Förderungen für Arbeitgeber ausgebaut werden.

6. Die **Datenlage** zu Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt ist zu sichern.
7. Die **Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes** für Menschen mit Behinderungen ist umfassend und in alle Richtungen sicherzustellen (Tagesstruktur, Qualifizierung, 1., 2. und 3. Arbeitsmarkt)²
8. Die **Evaluierung** der Änderungen des **Behinderteneinstellungsgesetze** hat zu erfolgen und sofern erforderlich ist die Rechtslage vor dem 1.1.2011 wiederherzustellen. Das wäre der Fall, wenn die Verlängerung der sogenannten „Probezeit“ auf 4 Jahre zu keinen positiven Beschäftigungseffekten für begünstigte Behinderte geführt hat.

III. Rehabilitation, Gesundheit und Pflege

1. Ein **gesamtheitliches und barrierefrei zugängliches Gesundheits- und Sozialsystem** ist zu schaffen, in dem durch Empowerment der Menschen mit Behinderungen, Peerberatung, weitere Maßnahmen des Rechtsschutzes, durch Bewusstseinsbildung sowie Sensibilisierung durch Menschen mit Behinderungen sichergestellt wird, dass **Menschenwürde und Menschenrechte** durchgängig gewahrt werden (vergleiche Punkt 30 bis 31 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).
2. Die **Finanzierbarkeit** des gesamten österreichischen Gesundheits- und Rehabilitationssystems, insbesondere in der Krankenversicherung ist langfristig abzusichern.
3. **Eine Gesicherte Datenlage** ist herzustellen, indem Menschen mit Beeinträchtigungen in das nationale System der Datenerfassung und des nationalen Gesundheitsberichtes über eine anonymisierte Datenerhebung einbezogen werden.

III. a. Pflege

1. Die **Wertbeständigkeit der Pflegegelder** ist durch gesetzlich verankerte jährliche Valorisierung abzusichern.
2. **Die Finanzierbarkeit** des Systems **der Pflegevorsorge** ist langfristig zu garantieren.
3. Das **Geldleistungsprinzip** in Verbindung mit der Gewährung von Sachleistungen ist zu erhalten und abzusichern.
4. Durch die **15 a- BVG-Vereinbarung** zwischen Bund und Ländern zur Pflegevorsorge sind flächendeckende und bedarfsorientierte Pflegedienste zu sichern, welche die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen beachten.
5. Die ausreichende Unterstützung **pflegender Angehöriger** durch Erholungsangebote, Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Verbesserung der Gesundheit, psychologische Unterstützung, Information und Sozialrechtsberatung und Unterweisung in pflegerischen Tätigkeiten ist sicherzustellen.

III.b. Rehabilitation

1. Ein **gleiches Recht auf Rehabilitation ist für alle abzusichern**, unabhängig von der Ursache der Behinderung und davon welcher Versicherungsträger für die Finanzierung zuständig ist.
2. Der **Rechtsanspruch** auf Maßnahmen der umfassenden Rehabilitation ist tatsächlich abzusichern, indem freiwillige Leistungen durch Pflichtleistungen mit Rechtsanspruch ohne Selbstbehalte ersetzt werden. So können alle Menschen mit Behinderung unabhängig von Einkommens- und Vermögenslage diese in Anspruch nehmen.
3. Rechtsanspruch auf **rechtzeitige Maßnahmen** der umfassenden Rehabilitation (medizinisch, beruflich, sozial) sind sicherzustellen, indem diese Personen bereits in **aufrechten**

² Das Modell des Arbeitskreises Rückversicherung ermöglicht ein Wiedererlangen der bedarfsorientierten Mindestsicherung und/oder der erhöhten Familienbeihilfe bzw. Pensionen bei Scheitern eines Arbeitsversuches von Menschen mit Beeinträchtigungen am ersten Arbeitsmarkt und legt auch die Regelungen und Verwaltungsabläufe fest, die dazu nötig sind.



Dienstverhältnissen gewährt werden, wenn absehbar ist, dass sie auf Grund ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen ihre berufliche Tätigkeit in absehbarer Zeit nicht mehr ausüben können werden und sie im Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeber eine Umschulung für eine Tätigkeit auf einem geeigneten Ersatzarbeitsplatz im Unternehmen anstreben.

4. Es sind **spezielle Rehabilitationsangebote für Personen** vorzusehen (zumeist Frauen), welche auf Grund von **Sorgepflichten** für Kinder oder Angehörige diese sonst nicht in Anspruch nehmen können.

III.c. Gesundheit

1. Die **Pflichtversicherung** in der Krankenversicherung ist weiter zu gewährleisten, damit weiterhin allen Versicherten gleichermaßen und ohne Rücksicht auf ihre persönliche Lebenssituation die Leistungen der sozialen Krankenversicherung zur Verfügung stehen (Solidaritätsprinzip).
2. Die Finanzierung der **PatientInnenorganisationen** ist deutlich zu verbessern.
3. Bemühungen zur **Festigung der Gesundheit** und der **Prävention für Pflegebedürftige** zur Stabilisierung bzw. zur Verbesserung ihrer Situation sind massiv zu intensivieren.
4. Alle Einrichtungen der Gesundheitsversorgung (insbesondere Krankenhäuser, Ambulanzen, niedergelassene Ärzte) sind umfassend **barrierefrei** zu gestalten, wobei insbesondere auf kommunikative Barrieren und auf Menschen mit Sehbehinderungen und/oder Hörbehinderungen, die erst in späteren Lebensabschnitten erworben wurden, Bedacht zu nehmen ist.
5. **Es dürfen keine weiteren Selbstbehalte** zu Lasten von Menschen mit Behinderung eingeführt werden.
6. **Schulungen für behinderte Menschen** sind vorzusehen, um deren Gesundheitskompetenz zu stärken.

IV. Bildung

(vergleiche Punkt 43 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).

1. **Inklusive interdisziplinäre Forschung und Lehre** ist in allen Bildungseinrichtungen zu realisieren. Insbesondere ist eine Erweiterung des Forschungsfokus, Einführung partizipativer Forschung sowie inklusive Pädagogik in allen universitären Disziplinen zu verwirklichen.
2. Eine **Inklusive Bildungsstruktur** ist auf allen Ebenen des österreichischen Schulsystems, so auch in den allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen und Hochschulen zu schaffen und auch in der Erwachsenenbildung zu realisieren. Dazu ist auch österreichweit die Frühförderung auf ein umfassendes Ausmaß auszubauen.
3. **Barrierefreie Bildungsangebote**, sind insbesondere durch barrierefreie Schulen, die bestmögliche Förderung von SchülerInnen und Studierenden durch eine Verbesserung der Unterrichtsqualität umzusetzen.
4. **Erforderliche Hilfsmittel für Menschen mit Behinderungen** müssen in allen Ausbildungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
5. Die **behindertenspezifischen professionellen Qualifikationen** sind unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen durch folgende Maßnahmen dramatisch zu **erhöhen**
 - a. die Verbesserung des Fortbildungsangebotes für LehrerInnen und die Schulaufsicht (BezirksschulinspektorInnen);
 - b. die Einführung des Pflichtfaches Barrierefreiheit und „Design for All“ in allen entsprechenden Ausbildungen
 - c. die Erweiterung der Curricula der Medizinberufe durch Fachwissen für Menschen mit Behinderungen, Psychiatrie, Gerontopsychiatrie und Pflege
 - d. Erhöhung der Qualifikation für Kommunikation und Unterstützung bei Behörden, Ämtern und Körperschaften des öffentlichen Rechtes, sowie privatwirtschaftlichen Unternehmungen der öffentlichen Hand.



6. **Unterstützungsmaßnahmen von Interessenvertretungen oder Peers** durch Beratungs- und Vertretungsleistungen sind finanziell abzusichern, indem insbesondere die Herausgabe von behindertenspezifischen Informationsbroschüren und die Beratungsdienste von Behindertenorganisationen durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen nachhaltig finanziell abgesichert werden.

IV. Lebensraum

1. Es ist sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen in jedem Alter und unter allen Umständen **selbst bestimmen können, wo und wie sie leben wollen**. Dazu sind Großeinrichtungen durch Angebote gemeindenaher, personenzentrierter und selbstbestimmter Wohnformen mit entsprechender Unterstützung zu ersetzen und es ist sicherzustellen, dass weder Anhaltungen stattfinden noch Aufnahmen gegen den erkennbaren Willen erfolgen.
2. Maßnahmen zu verbesserten Angeboten **barrierefreier Freizeit** sind insbesondere auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten zu schaffen, wobei die Bereiche Tourismus und Kultur besonders zu beachten sind.
3. Es ist sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen auch dann einen **Rechtsanspruch auf Beratung zu und Finanzierung von Hilfsmitteln** haben, wenn diese nicht zur so genannten beruflichen Rehabilitation, sondern im alltäglichen Leben benötigt werden.
4. Es sind entsprechende Vorkehrungen zu treffen, dass Menschen mit Behinderungen im Fall von **Katastrophen** in allen Lebensräumen die erforderliche Unterstützung erhalten können (vergleiche Punkt 26 der Empfehlungen des UN-Behindertenrechtskomitees vom September 2013).



Convention on the Rights of Persons with Disabilities

Distr.: General
13 September 2013
**ADVANCE UNEDITED
VERSION**

Original: English

Committee on the Rights of Persons with Disabilities

Concluding observations on the initial report of Austria, adopted by the Committee at its tenth session, 2-13 September 2013

1. The Committee considered the initial report of Austria (CRPD/C/AUT/1) at its 105th and 106th meetings, held on 2 and 3 September 2013 respectively. At its 117th meeting, held on 11 September 2013, the Committee adopted the following concluding observations.

I. Introduction

2. The Committee welcomes the initial report of Austria, which was prepared in accordance with the guidelines for submission of reports to the Committee, and is grateful for the written replies (CRPD/C/AUT/Q/1/Add.1) to the list of issues prepared by the Committee (CRPD/C/AUT/Q/1).

3. The Committee is grateful for the dialogue between its members and the State party's delegation. It commends the State party for its preparation and the strength of its delegation, which included representatives of relevant government ministries and representatives of the Austrian Länder (regions). It is also welcomed the presence of representatives of two Austrian independent surveillance institutions: the Austrian Ombudsman Board and the Austrian Monitoring Committee for the implementation of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities.

II. Positive aspects

4. The Committee congratulates the Republic of Austria on its adoption in July 2012 of the National Disability Action Plan 2012-2020. National plans are an excellent method of bringing laws, policies and practices into line with the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities.

5. Austria is to be congratulated on a number of its achievements. The Committee notes that sign language is enshrined in Article 8(3) of the Austrian Constitution and congratulates Austria on this important step towards recognizing the rights of persons with disabilities who live in the State party. The Committee was also pleased to hear that deaf members of the Austrian parliament have been accommodated via the provision of sign language. The Committee also notes that Austria is one of the first states with which it has dialogued to have established a



monitoring body under article 33. The Committee notes that Austria is one of the States which ensures the right to vote and be elected for persons with psychosocial and intellectual disabilities as enshrined in article 29 of the Austrian Constitution.

III. Principal areas of concern and recommendations

A. General principles and obligations (arts. 1–4)

6. The Committee is concerned that the German translation of the Convention does not accurately represent the meaning of the Convention and may cause decisions incompatible with the Convention. For example, the word "integration" is used instead of the word "inclusion". The translation of "independent living" does not accurately reflect the meaning of this term and may in fact lead to people being denied the chance to live in the community. During the constructive dialogue the Austrian delegation intimated the possibility of revisiting the German translation of the Convention.

7. The Committee recommends that the State party revise the German translation of the Convention in line with the Convention. The Committee further recommends that the State party ensures that persons with disabilities and disabled persons organisations be involved in the process of revision.

8. The Committee noted that there are differing concepts of disability across the State Party's laws and policies. The Committee is concerned that the State Party misunderstands the difference between defining disability and identifying groups of persons who can benefit from different kinds of services. The Committee is concerned that some of these definitions constitute a medical model of disability.

9. The Committee recommends that the relevant laws be amended to include the concept of disability in accordance with the Convention.

10. The Committee notes that Austria has a federal system of government and is concerned that this has led to an undue fragmentation of policy, especially as the Länder (regions) are the providers of social services. This fragmentation can be seen in the development of the National Disability Action Plan, in the development of which the Länder's participation was intermittent and uneven. Fragmentation is also apparent in the different definitions of disability, different accessibility standards, and different protections against discrimination across the various Länder. The Committee notes that article 4(5) of the Convention makes it clear that the administrative difficulties of a federal structure do not allow a state to avoid its obligations under the Convention.

11. The Committee recommends that the State party ensure that federal and regional governments consider an overarching legislative framework and policy on disability in Austria in conformity with the Convention. It is recommended that this policy should include frameworks for real and genuine participation by persons with disabilities through their representative organisations with respect to the development and implementation of legislation and policies concerning persons with disabilities in accordance with article 4 paragraph 3 of the Convention.

B. Specific rights (arts. 5–30)

Equality and non-discrimination (art. 5)

12. The Committee recognises the progress made in Austria in developing anti-discrimination laws at the federal and regional levels, however it notes that with one exception, the only remedy available is financial compensation. The exception is in employment matters, where further training programs and improvements of



conditions in employment may be mandated. It appears that systems for dealing with matters of multiple discrimination, where disability is combined with gender or ethnicity, require more development.

13. The Committee recommends that the discrimination laws be strengthened by broadening the available remedies to include other remedies that require a change of behaviour in people who discriminate against persons with disabilities, such as injunctive powers. The Committee recommends that the State party examine the appropriateness of the current structures used to deal with situations of multiple discrimination.

14. While the Committee recognises women's right to reproductive autonomy, the Committee notes that under Austrian law it is legal for a foetus to be aborted up to the onset of birth if serious damage to the health of the foetus can be expected. The Committee is concerned that there appears to be a link between this provision and the fact that according to OECD statistics, births of children with Down's syndrome in Austria fell by 60% between 1995 and 2006. The Committee notes that discussions on this matter are underway.

15. The Committee recommends that the State party abolish any distinction in the period allowed under law within which a pregnancy can be terminated based solely on disability.

Women with disabilities (art. 6)

16. While much has been achieved, the Committee notes that substantive equality between women and men has not yet been achieved. Women with disabilities face multiple forms of discrimination because of their gender and disability, and may also be at risk of sexual violence and abuse.

17. The Committee is concerned about a lack of advocacy and support structures for women with disabilities. The Committee notes with concern that there is only one organisation representing women and it does not cover all women with disabilities in the State party.

18. The Committee recommends that the State party adopt effective and specific measures to ensure equality and to prevent multiple forms of discrimination against women and girls with disabilities. The Committee encourages the State party to mainstream a gender perspective in its disability legislation and policy, and to facilitate advocacy by and on behalf of women and girls with disabilities. The Committee also encourages the State party, including the Länder, to offer services which are accessible to and targeted at women with disabilities.

Children with disabilities (art. 7)

19. In its 2012 Concluding Observations on Austria (CRC/C/AUT/CO/3-4), the Committee on the Rights of the Child expressed its concern about a number of ways in which the rights of children with disabilities were at risk of being abrogated.

20. The Committee endorses the recommendations of the Committee on the Rights of the Child and requests the State Party to implement those recommendations as speedily as is appropriate.

Awareness-raising (art. 8)

21. The Committee notes with concern that there appears to be very few awareness raising campaigns being conducted in Austria to counter negative and out-dated stereotypes about persons with disabilities which foment discrimination. The Committee is concerned that throughout Austrian society there does not appear to have been a complete understanding of the paradigm shift created by the human rights-centred approach in the Convention. The Committee is also concerned at



reports that persons with disabilities face practical impediments in matters of adoption, and that those stereotypes are partly attributable to the persisting prejudices and stereotypes against persons with disabilities.

22. The Committee encourages the State party to take initiatives in relation to awareness-raising to effectively transform the perception of persons with disabilities based on the charity model and the "old-fashioned" understanding that all persons with disabilities need to be protected. Instead, the State party should make efforts to reinforce a positive image of persons with disabilities as holders of all the human rights recognized in the Convention. Furthermore, the State party should, in consultation with disabled persons' organisations, take specific measures, including awareness-raising campaigns, aimed at eliminating prejudices. The Committee recommends that further specific programs be established, in consultation with disabled persons' organisations, to address negative stereotypes and all practical impediments faced by persons with disabilities in relation to adoption.

Accessibility (art. 9)

23. The Committee commends the State party for its achievements in the area of accessibility to buildings, to transport and to information. The Committee notes that various cities and Länder have developed plans for improving accessibility to facilities. However, it is concerned that accessibility is poor in some areas, particularly outside Austria's larger cities. It is particularly concerned that, in at least one Länd, there is a minimum number of people set for requiring a barrier-free environment for public facilities. In addition, accessibility shall also consist of barrier-free info-communication accessibility in Austria's media, at ORF in particular.

24. The Committee recommends that the State party develop an overarching inclusive approach to accessibility in accordance with Article 9 of the Convention. The building standards should not be limited to buildings of a minimum size or capacity, but should apply to all public facilities in accordance with article 9. The Committee also recommends decreasing the timelines of staged plans that currently operate in some cities and Länder and also the plan for subtitling ORF programs.

Situations of risk and humanitarian emergencies (art. 11)

25. While taking note of the efforts by the State party to develop a plan on disaster preparedness, and its contributions to development cooperation and humanitarian aid, the Committee is concerned at the lack of information on the State party's preparedness to provide persons with disabilities with the necessary support in the event of a disaster.

26. The Committee urges the State party to provide information in its next periodic report on the specific measures taken to ensure its preparedness to provide persons with disabilities with the necessary support in the event of a disaster. The State party should also increase its efforts to implement the twin-track approach in order to fully achieve disability inclusion in all spheres of the Austrian Development Cooperation.

Equal recognition before the law (art. 12)

27. In 2012, approximately fifty-five thousand Austrians were under guardianship, with half with respect to all aspects of life. This is concerning, particularly because the Austrian guardianship laws do appear to be old fashioned and out of step with article 12 of the Convention. The Committee commends the State party for introducing a pilot program under the national action plan on supported decision-making.



28. The Committee recommends that substituted decision making be replaced with supported decision making. The Committee recommends that Austria do more to ensure that persons with disabilities have access to supported decision-making and are not placed under guardianship. The Committee recommends that supported decision making structures should respect the person's autonomy, will and preferences, and be in full conformity with article 12 of the Convention, including with respect to the individual's right, in his/her own capacity, to give and withdraw informed consent for medical treatment, to access justice, to vote, to marry, to work, and to choose a place of residence. The Committee also recommends that disabled persons organizations be involved in all aspects of the pilot program on supported decision-making. The Committee further recommends that the State party provide training, in consultation and cooperation with persons with disabilities and their representative organizations of persons with disabilities, at the national, regional and local levels for all actors, including civil servants, judges, and social workers, on the recognition of the legal capacity of persons with disabilities and on mechanisms of supported decision-making.

Liberty and security of the person (art. 14)

29. The Committee is deeply concerned that Austrian laws allow for a person to be confined against his or her will in a psychiatric institution where they have a psychosocial disability and it is forecast that they might endanger themselves or other persons. The Committee is of the opinion that the legislation is in conflict with article 14 of the Convention because it allows a person to be deprived of their liberty on the basis of their actual or perceived disability.

30. The Committee urges the State Party to take all necessary legislative, administrative and judicial measures to ensure that no one is detained against their will in any kind of mental health facility. It urges the State party to develop deinstitutionalization strategies based on the human rights model of disability.

31. The Committee also urges the State party to ensure and that all mental health services are provided based on the free and informed consent of the person concerned. It recommends that the State allocate more financial resources to persons with intellectual and psychosocial disabilities who require a high level of support, in order to ensure that there are sufficient community based outpatient services to support persons with disabilities.

Freedom from torture and cruel, inhuman or degrading treatment or punishment (art. 15)

32. The Committee notes with concern the continued use of net beds and other forms of non-consensual practices in the State party's psychiatric hospitals and institutions where people with intellectual, mental and psychosocial disabilities are confined.

33. The State party should abolish the use of net beds, restraints and other non-consensual practices used against persons with intellectual, mental and psychosocial disabilities in psychiatric hospitals and institutions. It is further recommended that the State party should continue to provide training to medical professionals and personnel in the care and other similar institutions on the prevention of torture, cruel, inhuman or degrading treatment or punishment as provided by the Convention.

Freedom from exploitation, violence and abuse (art. 16)

34. The Committee commends the Austrian Ombudsman Board for the work done to investigate allegations of mistreatment in institutional settings. However, the Committee remains concerned at reports of exploitation, violence and abuse of persons with disabilities.



35. The Committee recommends that the State party take further measures to ensure protection of women, men, girls and boys with disabilities from exploitation, violence and abuse.

Living independently and being included in the community (art. 19)

36. The Committee notes with concern reports that over the last twenty years the population of Austrians with disabilities, who are institutional dwellers, has increased. The Committee is particularly concerned by this phenomenon because institutions are contrary to article 19 of the Convention and leave persons vulnerable to violence and to abuse.

37. The Committee recommends that the State party ensure that the Federal Government and the Governments of the Länder place greater efforts on de-institutionalisation and in allowing persons with disabilities to choose where they live.

38. The Committee commends Austria on its various personal assistance programs (at the federal and Länder levels) to assist persons with disabilities. The Committee notes with concern that the personal assistance programs are not available to persons with psychosocial disabilities and that not all cover persons with intellectual disabilities.

39. The Committee recommends that the State party ensure that the assistance programs provide sufficient financial assistance to ensure that persons can live independently in the community. The Committee further recommends that the State Party harmonise and broaden its personal assistance programs by making personal assistants available to all persons with intellectual and psychosocial disabilities.

Education (art. 24)

40. The Committee is concerned that progress towards inclusive education in Austria appears to have stagnated. The Committee notes with concern reports suggesting that the number of children in special schools is on the increase and that insufficient effort has been made to support the inclusive education of children with disabilities. It further notes that there exists some confusion between inclusive education and integrated education. However, the Committee commends the establishment in several Länder of model regions of education.

41. The Committee is disappointed that there are very few university graduates with disabilities in Austria. Although Austria is to be commended for offering sign language interpretation to all students at tertiary level, it was stated during the constructive dialogue that there have been only 13 students with hearing impairments, of whom only three have graduated from university.

42. It also appears that there is a lack of teacher training of teachers with disabilities and teachers who use sign language. Without sufficient teachers with sign language skills, deaf children are placed at a significant disadvantage.

43. The Committee recommends that greater efforts be made to support students with disabilities in all areas of inclusive education from kindergarten to secondary school. It particularly recommends the State party to ensure that persons with disabilities, including children with disabilities and their representative organisations be involved in the day-to-day implementation of the models of inclusive education introduced in various Länder. The Committee further recommends that greater efforts be made to enable persons with disabilities to study at universities and other tertiary institutions. The Committee also recommends that increased efforts be made to train teachers with disabilities and train teachers who can sign with the necessary level of quality so as to enhance the education of deaf and hard of hearing girls and boys in



accordance with the formal recognition of Austrian sign language in the Constitution of Austria.

Work and employment (art. 27)

44. The Committee notes with concern that approximately 19,000 Austrians work in sheltered workshops outside of the open labour market and receive very little pay.

45. While noting that Austria has a quota system for employment of persons with disabilities, the Committee is concerned at reports that a majority of employers prefer to pay a fine rather than to comply with the quota requirement. It notes that only 22% of employers actually fulfil their obligations under the Disability Employment Act, which governs this quota system.

46. The Committee notes with concern that there is a significant gender gap in the employment and income of women with disabilities, when compared with men with disabilities.

47. The Committee recommends that the State Party enhance programs to employ persons with disabilities in the open labour market. The Committee further recommends that measures be put in place to narrow the employment and payment gender gap.

Participation in political and public life (art. 29)

48. The Committee commends the State party for its upholding of article 29 of the Convention by allowing all persons to vote including persons with intellectual and/or psychosocial disabilities. However, it does appear that many polling booths are not fully accessible to persons with disabilities.

49. The Committee recommends that more work be done to ensure that voting is fully accessible to all persons, irrespective of disability, and that voting information is provided in all accessible formats.

C. Specific obligations (arts. 31–33)

Statistics and data collection (art. 31)

50. While noting the launch of a new reporting forum on women’s issues, the Committee is concerned at reports that data are rarely collected on matters affecting women with disabilities.

51. The Committee recommends that the State party systematize the collection, analysis and dissemination of data on women and girls with disabilities and enhance capacity-building in this regard; that it develop gender-sensitive indicators to support legislative developments, policymaking and institutional strengthening for monitoring and that it report on progress made with regard to the implementation of the various provisions of the Convention.

National implementation and monitoring (art. 33)

52. The Committee observes the creation of the “Independent Monitoring Committee for the Implementation of the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities” as Austria’s article 33(2) independent monitoring mechanism. However, the Committee is concerned that the monitoring committee does not have its own budget and it appears to lack the independence required by the Principles relating to the status and functioning of national institutions for protection and promotion of human rights (Paris Principles).

53. The Committee recommends that the full independence of the independent monitoring committee be guaranteed in accordance with the Paris



principles. The Committee further recommends that the Länder create their own independent monitoring mechanisms to further coordinate disability policies and practices throughout Austria.

54. The Committee recommends that the Independent Monitoring Body be allocated a transparent budget and be given the power to administer that budget autonomously.

Follow-up to concluding observations and dissemination

55. The Committee requests the State party to implement the recommendations of the Committee as contained in the present concluding observations. The Committee recommends that the State party transmit the concluding observations for consideration and action to members of the Government and Parliament, officials in the relevant Ministries, and members of relevant professional groups, such as education, medical and legal professionals, as well as to local authorities and the media, using modern social communication strategies.

56. The Committee strongly encourages the State party to involve civil society organizations, in particular disabled persons' organizations, in the preparation of its second periodic report.

57. The Committee requests the State party to disseminate the present concluding observations widely, including to non-governmental organizations and representative organizations of persons with disabilities, as well as to persons with disabilities themselves and members of their families, in accessible formats.

Next report

58. The Committee asks the State party to submit its combined second and third periodic reports by 26 October 2018.
